

Volksbefragung - Entscheidung de

Der II. Nationalkongreß, der am 15. und 16. Mai 1954 in Berlin stattfand, war ein mitreißendes nationales Ereignis. Die nationale Bewegung im Osten und Westen Deutschlands legte Zeugnis von ihrer wachsenden Kraft ab. So verschieden die Delegierten ihrer Herkunft und ihrer Gesinnung nach auch waren, sie einte die große Idee, unserem Volke eine friedliche, glückliche und demokratische Zukunft zu sichern. Der II. Nationalkongreß wurde, da er der Breite der patriotischen Bewegung in Ost- und Westdeutschland Rechnung trug, die alle Gegner des EVG-Vertrages und seiner Folgeerscheinungen umfaßt, zum großen Kongreß der ganzen deutschen Nation.

Die Auswertung der Beschlüsse des II. Nationalkongresses und das Studium des Manifestes muß in die ideologische Arbeit der Partei einbezogen werden. Das Manifest des II. Nationalkongresses darf nicht losgelöst von dem wegweisenden Dokument des IV. Parteitages: „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation“ behandelt werden, denn beide Dokumente sind untrennbar miteinander verbunden. Sie bilden eine Einheit. Das Manifest des II. Nationalkongresses ist eine Frucht der nationalen Beschlüsse des IV. Parteitages.

Die einmütige Annahme des Manifestes durch alle Delegierten des II. Nationalkongresses hat bewiesen, daß das Manifest jedem national und patriotisch empfindenden Deutschen die Möglichkeit gibt, sich ohne Gewissenskonflikte in die breite Front der patriotischen Bewegung einzugliedern und ein aktiver Verfechter der deutschen Verständigung und des Zusammenfindens der Deutschen an einen Tisch zu werden. Das Manifest des II. Nationalkongresses gibt den breitesten Volksschichten, besonders auch im Westen unserer Heimat, eine richtige politische Orientierung auf die brennenden Lebensfragen unseres Volkes. Es erleichtert allen Deutschen die Entscheidung zwischen den beiden Wegen, von denen im nationalen Dokument des IV. Parteitages so überzeugend gesprochen wird, zwischen dem Weg des Friedens und dem Weg des Krieges.

Das Manifest des II. Nationalkongresses ruft alle Deutschen zur nationalen Sammlung gegen die tödliche Bedrohung des Volkes durch die Kriegsverträge von Bonn und Paris auf und fordert, mit allen Mitteln der Aufklärung und des Massenprotestes den EVG-Vertrag zu verhindern. Es ruft das deutsche Volk zum gemeinsamen Kampf gegen den wiedererstehenden deutschen Militarismus, gegen Faschismus und Revanchismus in Westdeutschland auf und wendet sich entschieden gegen die Verwandlung des größeren Teiles der deutschen Heimat in einen Schauplatz des amerikanischen Aufmarsches zu einem dritten Weltkrieg. Das Manifest zeigt dem deutschen Volk die Notwendigkeit, dem Landraub, der Aufrüstung, der Unterminierung von Straßen, Felsen und Brücken und der Aufstellung amerikanischer Atomgeschütze in Westdeutschland ein energisches „NEIN“ entgegenzustellen.

Auf dem II. Nationalkongreß stellten die Diskussionsredner aus allen Schichten unseres Volkes klar heraus, daß die Adenauer-Politik unser Volk in die Gefahr bringt,

in einem schrecklichen Atombombenkrieg physisch vernichtet zu werden. Das Manifest legt überzeugend dar, daß über die Zukunft des deutschen Volkes nur das deutsche Volk selbst entscheiden kann und darf. Deshalb erhebt es die Forderung auf Durchführung einer Volksbefragung in beiden Teilen Deutschlands. Das Volk selbst soll bestimmen, ob es „Für Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen oder für EVG-Vertrag und Generalvertrag und Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre“ ist.

Mit der Forderung des II. Nationalkongresses, eine Volksbefragung über die Lebensfrage der deutschen Nation, Friedensvertrag oder EVG-Vertrag, durchzuführen, verschafft sich die patriotische Bewegung in ganz Deutschland Gehör. Alle Voraussetzungen sind gegeben die gemeinsame und unüberwindliche Front aller Patrioten gegen EVG-Politik und Militarismus in ganz Deutschland zu schmieden.

Der vom II. Nationalkongreß gewählte Nationale der Nationalen Front des demokratischen Deutschland* hat die Forderung auf Durchführung der Volksbefragung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und dem Bundestag in Bonn überbracht. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hat inzwischen beschlossen, die Volksbefragung auf den Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik vom 27. bis 29. Juni durchzuführen und beauftragte unsere Regierung, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen.

Der westdeutsche Bundestag dagegen glaubt, an diese Forderung des Volkes wiederum achtlos Vorbeigehen zu können. Es ist die Furcht vor der Entscheidung des Volkes, die die Adenauer-Regierung und die amerikahörige zu jedem nationalen Verrat bereite Mehrheit des Bonner Bundestages bestimmt, die wichtigste Lebensfrage unseres Volkes zu ignorieren. Die Patrioten in Westdeutschland werden die Volksbefragung aber trotzdem durchführen. Auch in Westdeutschland wird es einen Millionenentscheid für Friedensvertrag oder EVG-Politik geben!

Die Volksbefragung ist eine politische Aufgabe von erstrangiger Bedeutung. Daraus ergeben sich für unsere Partei, für jedes Mitglied und für jeden Kandidaten besonders ernste Verpflichtungen gegenüber der Nationalen Front und allen ihren Organen, den Ausschüssen] den Haus- und Hofgemeinschaften, den Aufklärung* lokalen und den Aufklärungsgruppen.

Stärkt die Autorität der Ausschüsse der Nationalen Front

Die Ausschüsse der Nationalen Front sind die Träger der Volksbefragung. Sie sind durchaus in der Lage und auch berufen, wichtige Aufgaben zu lösen, wenn ihnen der demokratische Block mit unserer Partei an der Spitze uneingeschränkte Unterstützung gewährt.

Alle Ausschüsse der Nationalen Front müssen politisch verantwortlich arbeitende, kollektive Organe werden. Bisher hatten sie oft noch nicht die notwendige politische Autorität, nicht überall konnten sie sich schon das Vertrauen aller Bevölkerungsschichten erwerben. Angehörig des Mittelstandes werden oft noch von der aktiven Mitarbeit in den Ausschüssen ausgeschlossen. In der Vo